

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 33/39
Telex: 8 88 846 pbbn d

Inhalt

Josef Vosen MdB formuliert die Vorstellungen der SPD zu EUREKA: Ein Maßstab für Europa. Seite 1

Egon Lutz MdB kommentiert den jüngsten Arbeitsmarktbericht aus Nürnberg: Die Mär vom Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt. Seite 4

Karl Weinhofer MdB weist auf eine Untersuchung über die Notwendigkeit der Mitbestimmung hin: Auch bei neuen Technologien erforderlich. Seite 6

40. Jahrgang / 291

5. November 1985

EUREKA - ein Maßstab für Europa

Die Vorstellungen der SPD

Von Josef Vosen MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages

Heute und morgen treten in Hannover die Vertreter von 18 europäischen Ländern und der EG-Kommission zur zweiten EUREKA-Konferenz zusammen.

Dieses Ereignis ist ein besonders eklatantes Beispiel dafür, mit welchem großem organisatorischen und finanziellen Aufwand und mit welcher geringen geistigen Investitionen Nichtigkeiten unter dem Gesichtspunkt der Öffentlichkeitsarbeit zu Staatsereignissen aufgepöppelt werden. Es ist inzwischen jedermann klar geworden, daß das EUREKA der Bundesregierung ein totgeborenes Kind ist. Selbst Herr von Amerongen hat im Namen des Deutschen Industrie- und Handelstages dem Regierungsplan von EUREKA eine Absage erteilt und dies gestern mit drastischen Worten wiederholt.

Und nur der Außenminister hat seine Absicht, EUREKA zu einer handfesten europäischen Initiative zu machen, mit der er auch die Pläne von Helmut Kohl, sich am Krieg der Sterne zu beteiligen, regierungsintern neutralisieren will, noch nicht durchgesetzt.

Wir Sozialdemokraten kritisieren nun seit Monaten, daß die Bundesregierung

- Ziele,
- Finanzen und
- Organisation

von EUREKA durch diffuse, widersprüchliche und unverständliche Pläne, Aktionen und Erklärungen Tag für Tag noch weiter ins Absurde wegrutschen läßt.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-70, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



Für uns Sozialdemokraten ist klar:

Europa braucht einen neuen Anlauf, bei dem auch die Technik kraftvoll in den Dienst der Erreichung europäischer Ziele gestellt wird.

Das oberste Ziel in diesem Zusammenhang ist und bleibt, daß die Integration Europas weiter gefördert wird. Dies muß geschehen durch die rasche Vereinheitlichung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für einen europäischen Forschungs- und Industrieraum durch zum Beispiel

- erhöhten Informationsaustausch,
- einheitliche Normen,
- gemeinsame Ausschreibungen und innovative Beschaffungen.

Dies muß ferner geschehen durch die gemeinsame Definition und Inangriffnahme von Infrastrukturprojekten, die geeignet sind, die innereuropäischen Grenzen abzubauen durch

- ein europäisches Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens,
- ein umfassendes europäisches Umweltschutzprogramm, das Aufforstungsprogramme, Recycling-technik-Programme und Entgiftungsprogramme umfaßt,
- ein europäisches Programm zur Ressourcenschonung (Rohstoffe, Energie),
- ein einheitliches neues, breitbandiges Kommunikationsnetz,
- ein europäisches Schnellbahnsystem, für das die Magnetbahntechnik bereitsteht und
- ein von den USA unabhängiges europäisches ziviles Weltraumprogramm unter Einschluß eines europäischen shuttle „HERMES“.

Um diese Vorhaben anzugehen, brauchen wir keinen europäischen technologischen Wanderzirkus, der - wie es die derzeitigen Mammut-Konferenzen zu EUREKA vorhaben - das bestehende Europa nach dem Stichwort „variablen Geometrie“ auch noch kreuz und quer in neue Interessenskonstellationen zerlegt, sondern wir brauchen rasche und klare Entscheidungen in den europäischen Institutionen, nämlich im Europäischen Parlament, bei der Europäischen Kommission und im EG-Ministerrat.

Hier müssen die europäischen Ziele, für die die neuen Technologien eingesetzt werden sollen, formuliert werden.

Ich höre nichts von solchen Zielen wie:

- „In zehn Jahren sollen unsere Flüsse und das Baden wieder erlauben!“
- „In zehn Jahren sollen die Fabriken lärmfrei, frei von gefährlichen Arbeitsstoffen und so weiter sein!“
- „In 20 Jahren soll ein neuer Wald in Europa aufwachsen!“
- „In 20 Jahren sollen die chemischen Altlasten bereinigt sein!“
- „In 30 Jahren wollen wir unsere Energieversorgung ohne Kernenergie bestreiten können!“ und so weiter.



Wir erwarten solche Zielsetzungen, denn nur dann können wir den Erfolg der ganzen Initiative messen. Nur dann werden wir auch Klarheit darüber bekommen, daß die Technologien nur eingesetzt werden, um Ziele zu erreichen, nicht aber um ihrer selbst willen entwickelt werden.

Das alles wird selbstverständlich erhebliche zusätzliche öffentliche Finanzmittel kosten.

Wir fordern die Aufstockung des Forschungsetats für solche Zwecke. Aber nicht nur seine Aufstockung allein ist geboten, sondern auch die Etats der Post, des Verkehrsministers und andere müssen für diese Ziele erhöht werden.

Die Bundesregierung will es zum Null-Tarif haben. Da frage ich mich, was EUREKA noch soll, wenn alles sowieso aus dem Forschungsetat finanziell abgedeckt ist?

Unglaublich ist die Tatsache, daß die Nichtfinanzierung von EUREKA mit dem Argument, „keine weiteren Subventionen für die Industrie“ begründet wurde. Forschungsförderung und die Unterstützung der Entwicklung von Schlüsseltechnologien sind keine Subventionen. Schließlich haben nur die Regierungen die Verantwortung für Planung, Finanzierung und Gestaltung von Infrastrukturmaßnahmen. Daß das Kupferverkabelungsabenteuer des Postministers nicht als eine Subvention der deutschen Industrie gebrandmarkt wird, ist wohl klar. Daß es falsche Politik ist, die durch eine richtige Politik ersetzt werden müßte, ist in der Regierung leider nicht so klar.

Angesichts dieser Situation sorgt sich auch die Stiftung „Wissenschaft und Politik“ um den Zustand des totgeborenen Kindes EUREKA, wenn sie in einer im August veröffentlichten Analyse im wesentlichen zu folgender Auffassung kommt:

„Dann stellt sich aber noch die grundlegende Frage, was sich denn eigentlich durch diese ‚EUREKA‘-Idee in der politisch wirtschaftlichen Landschaft für die Unternehmen ändern soll, damit sie nun in Europa - wie auf der politischen Ebene offenbar verlangt - international mehr miteinander kooperieren als in der Vergangenheit. Wenn man nur im äußersten Notfall - und auch dann möglichst wenig - Geld ausgeben will, woher soll dann der Anreiz für eine Verhaltensänderung kommen, die den großen Parolen entspricht? Denn auch bisher schon ist den Unternehmen ja bei vielen Gelegenheiten von politischer Warte gepredigt worden, wie wünschenswert man es fände, wenn sie auf europäische oder doch wenigstens deutsch-französischer Ebene mehr kooperieren würden. Im Auswärtigen Amt und nicht nur dort machte man sich Gedanken, woran in der Vergangenheit die mangelnde Bereitschaft zu solcher Kooperation denn gelegen habe; seitdem ist nicht erkennbar, daß man Antworten gefunden hat, und daß diese in die Entwicklung der ‚EUREKA‘-Politik eingegangen sind. Die Firma Siemens, ähnlich übrigens auch Nixdorf, haben inzwischen unüberhörbar vernehmen lassen, daß von ihnen ohne öffentliche Gelder keinerlei zusätzliche Technologie-Investition für europäische FuE-Kooperation erwartet werden dürfe.“

Wenn mich nicht alles täuscht, wird es aber noch lange dauern, ehe das regierungsamtliche EUREKA zu Grabe getragen wird.

(-/4.11.1985/v0/rs)

+ + +



Scheuklappen-Kommentatoren am Werk

Feststellungen zum jüngsten Arbeitsmarktbericht

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Seit einigen Wochen vergeht kaum ein Tag, an dem die Bundesanstalt für Arbeit nicht in der einen oder anderen Form in die Schlagzeilen unserer bundesdeutschen Presse gerät. In der zurückliegenden Woche verdankt sie diese Publizität vor allem den immer wieder neu aufs Tapet gebrachten Attacken der Freidemokraten auf den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Streikfalle).

Heute nun gerät sie in die Schlagzeilen mit ihrer Veröffentlichung der jüngsten Arbeitsmarktzahlen - denen des Monats Oktober 1985.

Und wieder - und damit zum zehnten Mal in diesem Jahr - ist ein absoluter Nachkriegsrekord bei der Masse arbeitslosigkeits zu verzeichnen: 2.148.819 Menschen sind nach der offiziellen Nürnberger Statistik ohne Arbeit, das sind 4.311 mehr, als noch im vergangenen Oktober und damit 8,6 Prozent der Erwerbsbevölkerung.

Dennoch wird die Bundesanstalt nicht müde, uns auch am heutigen Tage wieder die Mär von der „anhaltenden konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in der Gesamtwirtschaft, die auch auf dem Arbeitsmarkt spürbar ist“, zu vermeiden.

Der Strohalm, an den sich die Bundesanstalt dabei klammert, ist die Tatsache, daß 1985 im Gegensatz zu den Entwicklungen der Vorjahre erstmals von September auf Oktober die Arbeitslosenzahl geringfügig (um 2.758) zurückging.

Dabei belief sich im Durchschnitt der ersten zehn Monate 1985 die Zahl der Arbeitslosen auf 2.318.900, was gegenüber dem bisherigen (negativ-)Rekordjahr 1984 eine Zunahme um zwei Prozent beziehungsweise um 42.700 bedeutet.

Ende Oktober waren 1.126.277 Männer arbeitslos gemeldet (7,5 Prozent) und 1.022.542 Frauen (10,4 Prozent). Bei den Männern sind dies 28.692 weniger als vor einem Jahr, bei den Frauen 33.003 mehr.

Die Kurzarbeiterzahl nahm im Oktober 1985 zu, so daß im Berichtsmonat nun 162.860 Kurzarbeiter gezählt wurden, 58 Prozent weniger als vor einem Jahr. Die Bundesanstalt ist angesichts der im Oktober eingegangenen Anzeigen über geplante Arbeitszeiteinschränkungen optimistisch, daß die Kurzarbeit auf niedrigem Niveau bleiben werde.

Ihrer Ansicht nach hat die Kurzarbeit nennenswerte Bedeutung gegenwärtig nur in der Bauwirtschaft (33.300 Kurzarbeiter), dem Holzgewerbe (18.700) und dem Textil- und Bekleidungs-gewerbe (12.300).

Im Oktober meldeten Betriebe und öffentliche Verwaltungen den Arbeitsämtern 133.500 Stellen neu zur Besetzung, elf Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitsvermittlungen gingen im Oktober deutlich zurück, so daß nur 163.700 Arbeitssuchende vermittelt werden konnten - etwa ebenso viele wie im Oktober 1984. Von den Arbeitsvermittlungen im Berichtsmonat entfielen 102.400 auf Beschäftigungsverhältnisse von über sieben Tage Dauer und 61.300 auf kurzfristige Arbeitsverhältnisse bis zu sieben Tage Dauer. Der Bestand an offenen Stellen hat sich saisonbereinigt gesehen wiederum erhöht, so daß Ende Oktober 112.000 gemeldete Stellenangebote noch offen waren, das sind 26.600 oder 31 Prozent mehr als vor einem Jahr.



Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren nahm im Oktober um 14.800 oder acht Prozent auf 159.400 ab - laut Bundesanstalt eine Entwicklung, „die sich im saisonüblichen Rahmen hält“.

Festzuhalten bleibt aber, daß die Arbeitslosigkeit für diese Personengruppe weiterhin auf dem Niveau von 1984 liegt, während sie noch zu Jahresbeginn 1985 deutlich dahinter zurückgeblieben war. Die entsprechenden Erfolgsmeldungen dieser unserer Bundesregierung vom Frühjahr führen sich damit nun damit selber ad absurdum.

Die Zahl der Arbeitslosen, die 59 Jahre oder älter sind, verringerte sich im Oktober um zwei Prozent auf 101.800, womit der Vorjahresstand um zwei Prozent überschritten wurde. Auch dies ist wieder Grund für die Bundesanstalt, ihre altbekannten „leichten Besserungstendenzen“ zu konstatieren, von denen auch die schwerbehinderten Arbeitnehmer (131.200 arbeitslose Schwerbehinderte, minus vier Prozent gegenüber 1984) ergriffen worden seien.

Alles in allem bietet der Arbeitsmarkt auch im Oktober 1985 das bekannt düstere Bild, das nur von Kommentatoren mit Scheuklappen mit Jubel in der Stimme umgedeutet werden kann. Entscheidendes Kriterium ist und bleibt, daß sich das Jahr 1985 trotz aller anderlautenden verbalen Anstrengungen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien für den Arbeitsmarkt zu einem Krisenjahr aller erster Güte entwickelt hat. Zum zehnten Mal innerhalb eines Jahres wird am heutigen Tag eine neue Arbeitslosigkeitrekordhöhe erreicht, während doch eigentlich - folgt man dieser unserer Bundesregierung - seit Monaten eine arbeitsmarktpolitische Wende eingetreten sein sollte.

Die oben zitierte uns immer wieder aufgetischte „leichte Besserungstendenz“ auf dem Arbeitsmarkt, ist aber ebenfalls ein Scheuklappenphänomen. Sie tritt nur ein, wenn man beharrlich die Existenz einer Dunkelziffer bei der Arbeitslosigkeit von schätzungsweise 1,3 Millionen Menschen mißachtet.

Darüber hinaus zeigen die neuesten Manipulationsversuche der CDU/CSU//FDP-Koalition an der Arbeitslosenstatistik, daß man dort diesem Phänomen ebenfalls nicht recht traut. Warum sonst sollten durch weitere statistische Kniffe künftig Zehntausende von Menschen einfach aus der Statistik getilgt werden?

In den kommenden Monaten wird nun die Arbeitslosenzahl wieder drastisch in die Höhe schnellen, so daß unter Umständen auch die bisherige Rekordhöhe von 2,6 Millionen im Januar 1986 erreicht und überschritten werden wird. Man sieht: am heutigen Tage ist eine düstere Bilanz für die Vergangenheit zu ziehen. Und was die Zukunft betrifft? Die Bundesregierung weigert sich weiterhin beharrlich, endlich ihren Beitrag zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu leisten.

(-/5.11.1985/vo-he/rs)

+ + +



Mitbestimmung bei neuen Technologien erforderlich

Eine jetzt vorgelegte Untersuchung unterstreicht die Forderungen der Sozialdemokraten

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Noch immer weigern sich die Regierungsparteien, die Notwendigkeit der Mitbestimmung bei der Einführung der Neuen Technologien in den Betrieben und Büros anzuerkennen. Die positive Stellungnahme der CDU-Sozialausschüsse hat - wie üblich - Feigenblattfunktion. Sie wird aller Voraussicht nach für die Praxis ohne Bedeutung bleiben.

Eine jetzt vorgelegte Untersuchung der „Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ beweist jedoch zweierlei: ein solches Mitbestimmungsrecht ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten notwendig, es ist auch aus der Sicht der Unternehmen sinnvoll.

Der Bericht gibt Fallstudien zur „Rolle der einzelnen Parteien bei der Einführung neuer Technologien“ aus 21 Unternehmen in fünf EG-Ländern wieder. Das wesentlichste Ergebnis ist: dort, wo bereits gut funktionierende Konsultationsverfahren bestanden, konnte eine Zufriedenheit über die allen Parteien zugänglich gemachte Information und ein größeres Interesse und aktivere Mitarbeit seitens der Belegschaft erreicht werden. Umgekehrt war in diesen Fällen die Unternehmensführung eher bereit, die Interessen der Mitarbeiter weitgehend zu berücksichtigen.

Der Bericht unterstreicht die sozialdemokratische Forderung nach einer Ausweitung der Mitbestimmung noch aus einem anderen Grund. Die Fallstudien haben ergeben, daß die Position der Gewerkschaften - unabhängig von der Existenz eines Mitbestimmungsrechts - von vorneherein die schwächere ist. Sie haben zumeist große Schwierigkeiten, in den entsprechenden Verhandlungen entscheidend bei der Strategieformulierung mitzuwirken, da sie oft nicht über genügend Sachverständigenhilfe verfügen. Weiter heißt es in dem Bericht: „Ganz anders sieht die Situation bei der Unternehmensführung aus, die sich Fachkenntnisse für die verschiedenen Phasen der technischen Veränderung zugänglich macht.“

Wir Sozialdemokraten sehen uns dadurch in unserer grundsätzlichen Auffassung in mehrfacher Hinsicht bestätigt. Die Einführung der Neuen Technologien in den Betrieben und Büros bedeutet einen so schwerwiegenden Eingriff in die Betriebsstruktur, in die Arbeitsplatzsituation der Beschäftigten, daß ein Mitbestimmungsrecht zwingend geboten ist. Die nun auch empirisch belegte weit schwächere Ausgangsposition der Arbeitnehmerseite, der Gewerkschaften, in Bezug auf Information und Fachwissen unterstreicht dies in eindringlicher Weise.

Die Studie stützt auch eindeutig unsere bisherige Argumentation, daß die einzelnen Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Technologien Befürchtungen hegen, die sich nur durch verbindliche Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen ausräumen lassen: Auswirkungen auf den Arbeitsinhalt, den Schutz des Arbeitsplatzes, die Kontrolle über die Arbeit, den Erwerb neuer Fähigkeiten und die Notwendigkeit zur Umschulung.

Alle diese Probleme sind auch dem zuständigen Minister, Herrn Blüm, bekannt. Sie werden auch auf den Tagungen der CDU-Sozialausschüsse diskutiert, deren Vorsitzender er weiterhin ist. Dort wird ebenfalls die Forderung nach Mitbestimmung erhoben. Er ist jetzt in seiner Eigenschaft als Arbeitsminister gefordert, seine politische Glaubwürdigkeit zu beweisen und einen Gesetzentwurf zur Garantie des Mitbestimmungsrechts vorzulegen. Dabei könnte er endlich einmal Rückgrat beweisen und zeigen, daß er selbst in seinem Ressort das Sagen hat und nicht die Wirtschaftslobby in CDU/CSU und FDP.

Der Bericht der Europäischen Stiftung würde ihm sogar Argumente liefern können, die selbst dieser Wirtschaftslobby das Umdenken schmackhaft machen müßten. Es heißt dort nämlich, daß da, wo Unternehmensführung und Mitarbeiter zusammenkommen und gemeinsame Vereinbarungen ausarbeiten, nicht nur viele möglicherweise negative Auswirkungen der technischen Veränderungen vermeidbar sind, sondern auch die wirtschaftliche Stärke des Unternehmens und das Betriebsklima verbessert werden können.

Wer sollte daran kein Interesse haben?!

(-/5.11.1985/vo-hs/rs)

+ + +

